



Bündnis gegen Trans- und Homophobie



Bündnisgrundsätze

Dieses Bündnis ist eine politisch und weltanschaulich neutrale Kooperation auf Augenhöhe zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, Unternehmen und Wirtschaft, Kommunen und Landkreisen (Gebietskörperschaften), Stadtratsfraktionen und -gruppen sowie Initiativen, Vereinen und Szeneeinrichtungen.

Wir fordern als Bündnis Anerkennung und Respekt für die Lebensweisen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender und Intersexuellen. Wir sind überzeugt: gelebte Vielfalt und Wertschätzung dieser Vielfalt hat eine positive Auswirkung auf die Gesellschaft.

Die Mitglieder des Bündnisses gegen Trans- und Homophobie verpflichten sich:

- eine (Organisations-)Kultur zu schaffen, die von gegenseitigem Respekt geprägt ist und jede Form von Diskriminierung verurteilt
- die Vielfalt der Gesellschaft anzuerkennen, die darin liegenden Potenziale wertzuschätzen und für das Unternehmen oder die Institution gewinnbringend einzusetzen.
- die Umsetzung des Aufrufs als Thema des internen und externen Dialogs und von Fortbildungsmaßnahmen zu behandeln.
- über den Fortschritt der Aktivitäten bei der Förderung der Vielfalt und Wertschätzung jährlich öffentlich Auskunft zu geben.

Respekt und Gleichberechtigung sind Grundvoraussetzungen für ein gesellschaftliches Miteinander und eine freiheitliche Demokratie. Transphobie, Homophobie und Diskriminierung aus Gründen der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität dürfen nicht stillschweigend und tatenlos hingenommen werden. Dafür treten die Mitglieder des Bündnisses mit aller Entschiedenheit und allen Mitteln unserer demokratischen Grundordnung ein.



Bündnis gegen Trans- und Homophobie



Handlungsfelder

Das Bündnis gegen Trans- und Homophobie wendet sich gegen jede Form der Diskriminierung, Stigmatisierung, Ausgrenzung und Gewalt aufgrund der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität in allen gesellschaftlichen Bereichen. Betroffen davon sind Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transidente und Intersexuelle, kurz: LSBTI*.

Mit Trans- und Homophobie lassen sich nicht alle Formen der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität beschreiben; genauso, wie mit der Abkürzung „LSBTI*“ nicht alle Lebenswelten und Selbstbeschreibungen abgebildet werden.

Dennoch sind in den folgenden Handlungsfeldern des Bündnisses gegen Trans- und Homophobie die vielfältigen Lebenswelten und Selbstbeschreibungen zwischen und innerhalb LSBTI* sowie die unterschiedlichen Diskriminierungserfahrungen aufgrund der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität gemeint und sollen entsprechend mitgedacht werden.

Handlungsfeld Öffentlichkeit

In einer demokratischen Gesellschaft sind Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transidente- und Intersexuelle ein gleichberechtigter Teil der Gesellschaft. Die Realität zeigt aber immer wieder, dass LSBTI* damit rechnen müssen, angepöbelt, mitleidig belächelt oder beschimpft zu werden. Körperliche Übergriffe finden statt.

Notwendig ist daher:

- die Zivilgesellschaft zu sensibilisieren, dass über trans- und homophobe Äußerungen und Witze gegenüber LSBTI* nicht hinweggesehen werden darf, sondern dass Partei ergriffen wird.

Handlungsfeld Medien

Die Medien haben großen Einfluss auf die Wahrnehmung jedes Einzelnen. Der Darstellung der menschlichen Vielfalt in den Medien kommt daher eine besondere Bedeutung im Kampf gegen Diskriminierung und Gewalt gegen LSBTI* zu.

Notwendig sind daher:

- Ausgewogene Berichterstattung über Veranstaltungen zu LSBTI*-Themen
- klare Benennung von Diskriminierung und Gewalt gegen LSBTI*
- Vermeidung von Sprach- und Bildklischees
- sprachensible Berichterstattung und korrekte Verwendung der Bezeichnungen
- Transgender werden mit dem Geschlecht bezeichnet, mit dem sie sich identifizieren und nicht mit dem, in dem sie geboren wurden
- extrem LSBTI* diskriminierende Positionen (etwa in Talkshows) sind kein Beleg für Meinungsfreiheit. Medien sollen ihnen keine Bühne geben.

Handlungsfeld Politik

Die Politik schafft die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die ein freiheitliches Leben für alle ermöglichen. Die Diskriminierung von LSBTI* ist eine Einschränkung der individuellen Freiheit, egal ob in Wort oder Tat. Die Politik ist deshalb aufgerufen, die Rahmenbedingungen anzupassen, sobald Freiheitsrechte bedroht sind. Wir fordern die Politik deshalb auf, die Gesetze so anzupassen, dass LSBTI* gleichberechtigt werden.

Deshalb handeln Politik als Legislative und Polizei und Gerichte als Exekutive sofort und unmittelbar:

- gegen jegliche Ausgrenzung und Diffamierung von LSBTI* in allen Lebensbereichen
- gegen jegliche psychische und physische Gewalt gegen LSBTI*
- gegen Diskriminierung durch bestehende Gesetzgebung und deren Exekutive
- für absolut gleiche Rahmenbedingungen der LSBTI*
- für die politische Aufklärung und Bildung der Menschen bezüglich der LSBTI*
- für positive Unterstützung der Betroffenen
- für eine gleichberechtigte Familienpolitik insbesondere im Hinblick auf Regenbogenfamilien.



Bündnis gegen Trans- und Homophobie



Handlungsfeld Sport

Auch im Sport ist der Gebrauch einer LSBTI*-abwertenden Sprache wieder auf dem Vormarsch. Entsprechende negativ gemeinte Bezeichnungen und Schimpfwörter für gegnerische Teams, einzelne Spieler_innen oder Fans des jeweils anderen Teams werden in den unterschiedlichsten Zusammenhängen öffentlich und demonstrativ benutzt. Sport soll Menschen mit einer gleichen Leidenschaft zusammenbringen. Alle sollen sich unabhängig von Geschlecht, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion, Behinderung, Alter oder sexueller Orientierung in einem Verein willkommen fühlen.

Notwendig sind daher:

- Sensibilisierung und Aufklärung innerhalb des Vereins
- Klare Positionierung des Vereins nach außen
- Thematisierung von LSBTI*-diskriminierenden Vorkommnissen
- positive Unterstützung der Betroffenen

Durch einen offenen Umgang mit Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender können die Vereine einen großen Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Akzeptanz von unterschiedlichen Lebensweisen leisten

Handlungsfeld Schule

Jugendliche im Coming-out erleben Schule oft als Ort von Diskriminierung. Mobbing, Einschüchterung und der Zwang, sich zu verleugnen, können den Bildungserfolg und damit den ganzen späteren Lebensweg massiv beeinträchtigen. Schon deshalb gehört es originär zum Bildungsauftrag der Schule, Diskriminierungen entgegenzuwirken, sachlich und angemessen über die Vielfalt sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten zu informieren.

Notwendig sind daher:

- Anpassung von Unterrichtsinhalten und Lernmitteln an die gesellschaftliche Vielfalt, die LSBTI* als gleichwertigen und gleichberechtigten Teil begreift.
- Die Information darüber darf nicht allein im Kontext des Biologie-Unterrichts oder der Sexualerziehung stehen, sondern muss in allen Fächern vermittelt werden.
- LSBTI-Organisationen sind sinnvollerweise in die Informations- und Aufklärungsarbeit einzubeziehen

Handlungsfeld Wirtschaft und Arbeit

Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität am Arbeitsplatz darf, wenn sie stattfindet, vom Arbeitgeber nicht geduldet werden. Der Kampf gegen Vorurteile muss in allen Unternehmen und in öffentlichen Einrichtungen geführt und Diskriminierung abgebaut werden. Durch die Förderung von Diversity (Vielfalt) wird ein offenes Betriebsklima erreicht und Kreativität, Engagement und die Identifikation aller Mitarbeiter_innen begünstigt.

Notwendig sind daher:

- Umsetzung und Förderung des Diversity-Managements
- Offene und versteckte Diskriminierung in Stellenausschreibungen und Arbeitsplatzbeschreibungen zu beenden.
- Chancengleichheit in der Personalplanung und –entwicklung zu verwirklichen und fachliche Kompetenz zum ausschließlichen Kriterium zu machen.
- Innerbetriebliche Informations- und Sensibilisierungsveranstaltungen

Handlungsfeld Erwachsenenbildung

Um das Wissen über das Alltagsleben von LSBTI* zu erhöhen und darüber Vorurteile und Ausgrenzung abzubauen, ist es wichtig auch in der universitären Ausbildung und außerschulischen Erwachsenenbildung Konzepte zu entwickeln, die sich mit der Situation von LSBTI* befassen. Solche Konzepte zu entwickeln ist ebenfalls geboten für den Bereich der Menschenrechtsbildung sowie für Beratungsstellen von Asylsuchenden, da hier bislang kaum expliziten Unterstützungs-/Beratungsangebote für LSBTI*-Asylsuchende vorhanden sind.

Notwendig sind daher:

- Konzeptentwicklung zu LSBTI*-Inhalten
- Veranstaltungskonzeptionen, die Begegnung, Austausch und Dialog fördern
- Gemeinsame Kampagnen

Diese Handlungsfelder sind nicht abschließend zu verstehen sondern können bei Bedarf geändert werden. Sie verstehen sich beispielhaft als Anregung von Handlungsmöglichkeiten.



Bündnis gegen Trans- und Homophobie



Gründungsmitglieder
LGBTI- Expert & LGBTI-Netzwerk in der Siemens AG
Trans-Ident e.V. & dgti e.V. (Deutsche Gesellschaft für Transidentität und Intersexualität e.V.)
wbg Nürnberg GmbH
SPD Stadtratsfraktion Nürnberg
Bündnis 90/Die Grünen Stadtratsfraktion Nürnberg
Förderverein CSD Nürnberg e.V.
AIDS-Hilfe Nürnberg-Erlangen-Fürth e.V.
Pilsbar „Alt Prag“
Queer Franken
Leben unterm Regenbogen e.V.
Stadträte Linke Liste Nürnberg
Die Linke Nürnberg
Stadtrat Piratenpartei
Nuremberg International Human Rights Film Festival
Lehrstuhl für Menschenrechte und Menschenrechtspolitik der Friedrich-Alexander Universität
Nürnberger Menschenrechtszentrum e.V.
Bündnis 90/Die Grünen im Bayrischen Landtag
Queergottesdienst Nürnberg
Intersexuelle Menschen e.V.
Fliederlich e.V. – schwulesbisches Zentrum
1. FCN-Fanclub Norisbengel
Oktober 2015
Freidenkerverband
Linke Liste im Rathaus Fürth
März 2017
Lorenzer Laden, Thomas Zeitler
Bert's – Kneipe
Studierendenvertretung der FAU Erlangen-Nürnberg
November 2018
Bar59, Manfred Kümmling, Klaus Höcherl GbR
Queer Culture e.V.
März 2019
Kreisjugendring Nürnberg-Stadt



Bündnis gegen Trans- und Homophobie



Beitrittserklärung zum Bündnis gegen Trans- und Homophobie

Transphobie, Homophobie und Diskriminierung aus Gründen der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität sind Menschenrechtsverletzungen. Sie zu bekämpfen ist Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Sie beeinträchtigen alle Formen des menschlichen Miteinanders, die nicht der heterosexuellen Mehrheitsgesellschaft und der binären Geschlechtlichkeit (Frau/Mann) entsprechen.

Die Aversion gegen lesbische, schwule, bisexuelle, transidente und intersexuelle Menschen (LSBTI*) und ihre Lebensweise hat viele Ausdrucksformen und reicht von Ausgrenzung, Benachteiligung, Beleidigung, Mobbing über Hassparolen und Hetzreden bis hin zu Körperverletzung und Mord.

Dies ist ein Angriff auf die Grundwerte unserer Gesellschaft. Bei der Freiheit des Einzelnen und dem Recht auf sexuelle Selbstbestimmung dürfen in einer demokratischen Gesellschaft keine Abstriche gemacht werden.

Als Mitglied im Bündnis gegen Trans- und Homophobie

- verpflichten wir uns, im Alltag jeglicher Form von Diskriminierung entgegenzutreten.
- erkennen wir die Grundsätze und Handlungsfelder des Bündnisses gegen Trans- und Homophobie an und engagieren uns für die Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern und Intersexuellen.
- fördern wir ein breites gesellschaftliches Bündnis gegen Trans- und Homophobie, dafür treten wir mit aller Entschiedenheit und allen Mitteln unserer demokratischen Grundordnung ein.

Wir beantragen hiermit die Aufnahme in das Bündnis gegen Trans- und Homophobie

Name der Organisation / Firma / Körperschaft

Adresse

Nürnberg, den

Unterschrift/en der Vertretungsberechtigten

Unterschrift/en der Vertretungsberechtigten

Bündnis gegen Trans- und Homophobie
Geschäftsstelle
c/o Fliederlich e.V.
Sandstraße 1
90443 Nürnberg

Adressfeld vorbereitet für Fensterkuverts

Bündnis gegen Trans- und Homophobie
Geschäftsstelle
c/o Fliederlich e.V.
Sandstr. 1
90443 Nürnberg

Tel.: 0911-42 34 57 0
Fax.: 0911-42 34 57 20
www.fliederlich.de